Nr 24 der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages
(6. Session der 13. Gesetzgebungsperiode)

Bericht

des Finanz- sowie Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr 730 der Beilagen der 5. Session der 13. Gesetzgebungsperiode) betreffend den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) und das Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2009 (Landeshaushaltsgesetz 2009)

Der Finanz- sowie Verfassungs- und Verwaltungsausschuss haben die Beratungen über die Vorlage der Landesregierung betreffend dem Haushaltsplan (Landesvoranschlag) und das Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2009 (Landeshaushaltsgesetz 2009) geschäftsordnungsgemäß in Anwesenheit von allen Mitgliedern der Landesregierung sowie von zahlreichen Experten, insbesondere auch durchgehend der Abteilung 8 des Amtes der Landesregierung, sowie von Landesrechnungshofdirektor Mag. Dr. Müller am 16. September 2008 durchgeführt.

Allen Abgeordneten liegen neben den Materialien zum Landeshaushalt und dem Landeshaushaltsgesetz 2009 der Erste Finanzbericht 2008 und die Mittelfristige Finanzvorschau 2008 bis 2012 vor.

Der Landesvoranschlag 2009 enthält folgende Einnahmen und Ausgaben:

1. Ordentlicher Haushalt

Einnahmen	2.126.183.100,-- €
Ausgaben	2.126.183.100,-- €

2. Außerordentlicher Haushalt

Einnahmen	61.569.300,-- €
Ausgaben	61.569.300,-- €

3. Gesamthaushalt

Einnahmen	2.187.752.400,-- €
Ausgaben	2.187.752.400,-- €

Der Landesvoranschlag sowie das allen Abgeordneten vorliegende Landeshaushaltsgesetz 2009 lässt sich wie folgt charakterisieren:

Das Haushaltsvolumen stieg gegenüber dem Landesvoranschlag 2008 brutto um 12,68 Prozent. Unter Berücksichtigung der mit den Änderungen im Finanzausgleichsgesetz verbundenen Änderungen der Zahlungsströme ergibt sich eine tatsächliche Veränderung um 6,88 Prozent gegenüber dem Landesvoranschlag 2008. Den Schuldaufnahmen von € 41,2 Mio stehen Tilgungen in gleicher Höhe gegenüber, so dass sich keine Netto-Neuverschuldung ergibt. Der Schuldenstand bleibt mit € 431,4 Mio unverändert.

Der außerordentliche Haushalt (= Investitionshaushalt) ist mit einem Volumen von € 61,6 Mio so hoch wie nie zuvor.

Die Ausgabenschwerpunkte des Landeshaushaltes 2009 stellen die Gesundheit mit € 496,7 Mio, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung mit € 448,4 Mio, Unterricht und Erziehung mit € 412,9 Mio und Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung mit € 235,5 Mio dar.

Nach Aufruf des Verhandlungsgegenstandes durch Abg. Ing. Mag. Meisl (SPÖ) entwickelt sich eine eingehende Debatte zur Geschäftsordnung. Dabei geht es um die Frage, welche Folgen möglicherweise die Entscheidungen im Nationalrat am 24. September 2008 auf den Landesvoranschlag haben werden, wenn die in der Öffentlichkeit debattierte Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel tatsächlich beschlossen werden sollte. Laut Finanzabteilung des Amtes der Landesregierung wird in einem solchen Fall mit einem Entgang von Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben in Höhe von € 10 bis € 14 Mio alleine für Salzburg gerechnet. Schlussendlich wird festgelegt, dass im Falle einer solchen Entscheidung über die Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel vor der endgültigen Entscheidung in der Sitzung des Landtages am 8. Oktober 2008 vorgezogenen Ausschussberatungen zu diesem Thema stattfinden sollen.

Am Beginn der Generaldebatte weist Frau Landeshauptfrau Mag. Burgstaller darauf hin, dass es gelungen sei, für 2009 ein "seriöses Budget" zu erzielen, in dem in mehreren Punkten größere Pakete im Interesse der Bevölkerung geschnürt werden konnten, ohne neue Schulden zu machen. Mit diesen Paketen wurden vor allem Verbesserungen in den Bereichen Wohnen, Familie, Pflege und Pendler erzielt. Sollte es aufgrund einer neuen Regierungsbildung auf Bundesebene zu unvorhergesehenen Veränderungen für die Länderbudgets kommen, so werde man aufgrund der soliden Basis des Landeshaushaltes auch diese Herausforderungen bewältigen können, so die Landeshauptfrau zusammenfassend in ihrer Wortmeldung in der Generaldebatte.

Im Detail wird von Frau Landeshauptfrau Mag. Burgstaller ausgeführt, dass beim Familienpaket Maßnahmen für Kinder unter drei und unter sechs Jahre als erster Schritt geplant seien. Im Pflegepaket gehe es um Erweiterungen im Bereich der 24-Stunden-Pflege bzw um die Frage

der Lebensqualität für pflegende Angehörige. Im Pendlerpaket sei es über die finanzielle Unterstützung der auf das Auto angewiesenen Menschen hinaus gelungen, für die Jugend ein Halbpreiskartensystem zu entwickeln, um Anreize zu schaffen, die sie auch später als Erwachsene an den öffentlichen Verkehr binden sollen. Die Jahreskarte für den ÖV soll generell um 20 % ermäßigt werden. Weiters gehe es um Sprachförderung. Es gibt einen speziellen Ansatz für neue Projekte, um die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen zu entwickeln. Sie verweist darauf, dass andere Bundesländer hohe Neuverschuldungen zu verzeichnen hätten. Letzten Endes müsse man warten, was am 28. September 2008 in Bezug auf die Senkung der Mehrwertsteuer beschlossen werde, das sei alles derzeit unbekannt.

In seiner ersten Wortmeldung führt in der Generaldebatte das für Finanzen ressortzuständige Regierungsmitglied Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner aus, es sei Ziel der Landesregierung, ein stabiles Budget mit Spielraum für Neues zu erstellen. Dieses Ziel sei mit diesem Landesvoranschlag auch tatsächlich erreicht worden. Man konnte darauf aufbauen, dass es auch in den vergangenen Jahren jeweils stabile Budgets gegeben habe. Im Jahr 2009 werde man die niedrigste Schuldenquote seit 20 Jahren haben, diese werde unter 21 Prozent sinken. Stabile Finanzen seien jedoch nie Selbstzweck, sondern müssen immer Spielraum für Neues eröffnen. Dies sei gelungen. In diesem Zusammenhang weist auch Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner auf die Pakete für Pendler, Familien, im Bereich der Pflege und in der Kinderbetreuung hin.

Speziell weist Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner auf Beispiele der Neuverschuldung von anderen Bundesländern hin. So habe die Steiermark etwa eine Neuverschuldung von € 100 Mio zu verzeichnen, Oberösterreich habe die Wohnbauförderung verkauft und sei nun daran auch die Anteile eines Energieversorgers zu veräußern. Die Länder würden höchst unterschiedlich auf diesem Gebiet arbeiten.

Speziell sei hervorzuheben, dass bei der Kinderbetreuung der Mitteleinsatz von 2004 bis 2008 um 60 Prozent angestiegen sei. Die konjunkturpolitische Situation sei wenig erfreulich. Die Wachstumsprognosen lägen bei 1,7 bis 1,9 Prozent, also jedenfalls unter 2 Prozent. Es gäbe aber auch solche, die nur 1,5 Prozent pro Jahr aufzeigen. 2009 sei ein deutlicher Sprung bei den Ertragsanteilen zu verzeichnen. Allerdings sei dieses System dadurch bedingt, dass frühere Zweckzuschüsse nunmehr als Ertragsanteile eingerechnet werden. Insgesamt sind die Ertragsanteile geringer geworden. In der österreichischen Wirtschaftsentwicklung sei auf die starke Exportorientierung hinzuweisen. Die Binnennachfrage sei leider nicht wesentlich gestiegen.

Die größten budgetären Herausforderungen seien für 2010 in Form einer Steuerreform zu erwarten. Diese werde den Landeshaushalt auf Grund des Rückganges der Ertragsanteile mit voraussichtlich zumindest € 30 Mio belasten. Dieser Betrag sei seit Juli 2008 in der Mittelfristi-

gen Finanzplanung ausgewiesen und somit eingeplant. Eine Steuerreform werde für das Land eine massive Herausforderung darstellen, die aber zu bewältigen sein werde. Auch aus diesem Grund sei das Budget 2009 sehr defensiv angelegt worden, so Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner weiter.

Der jetzt vorhandene außerordentliche Haushalt sei der höchste, den es je gegeben habe. Auch schlagen die Investitionen für Bildung, Kultur und Schieneninfrastruktur mit € 61,5 Mio im Budget zu Buche. Die größten Anteile machten Gesundheit (€ 500 Mio), Soziales und Wohnbau (€ 450 Mio), Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft (€ 410 Mio), Wirtschaftsförderung (€ 400 Mio) und Verkehr, Straßen- und Wasserbau (€ 103 Mio) aus. Von den Gesundheitsausgaben mit fast € 500 Mio belaufen sich die Nettokosten für das Land auf € 207 Mio. Der Rest wird von anderen Trägern mitfinanziert. Ein guter Teil davon gehe in die SALK und es werde auch 2009 mit einer deutlichen Steigerung des Abganges (€ 9 Mio) zu rechnen sein, für die Vorsorge getroffen sei. Dies gehe auch auf die demographische Struktur der Bevölkerung zurück und es sei geboten, im Gesundheitsbereich langfristig und nachhaltig Vorsorge zu treffen. Weiters sei Vorsorge für die Absicherung von zwei neuen Krankenanstalten des Landes, nämlich Tamsweg und Mittersill, getroffen worden. Überdies sei der Abgang von Gemeindespitälern sowie die Unterstützung für die Krankenhäuser Schwarzach und Barmherzigen Brüder zu berücksichtigen. Sowie im Krankenhaussektor seien auch die Bereiche Pflege und Soziales von der demographischen Entwicklung beeinflusst. Das Pflegepaket sei mit € 2,5 Mio dotiert. Die Kinderbetreuung mache € 30 Mio aus. Das Paket für die Familien sei mit € 2,5 Mio dotiert und werde im Bereich der Zwei- bis Dreijährigen Entlastungen in der Höhe von bis zu € 600,-- pro Jahr ermöglichen. Dazu komme eine Steigerung in den Ausgaben für die Tagesbetreuungseinrichtungen und für die Vorschulerziehung von € 26 Mio auf € 30 Mio. Seit 2004 (€ 18,7 Mio) gebe es 62 Prozent mehr Geld für die Kinderbetreuung 2009 (€ 30,3 Mio).

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner weist darauf hin, dass in der Arbeitsmarktpolitik Vollbeschäftigung erreicht werden konnte. Jetzt gehe es darum, diese Vollbeschäftigung abzusichern. Daher wurden 71 Prozent mehr als 2004 (€ 2,6 Mio) für die aktive Arbeitsmarktpolitik in der Höhe von rund € 4,5 Mio zur Verfügung gestellt.

Am Ende seiner Ausführungen bedankt sich Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner bei den Regierungskollegen für die konstruktive Zusammenarbeit und für die hervorragende Facharbeit der Finanzabteilung des Amtes der Landesregierung. Nicht zuletzt gelte der Dank auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landesdienst für die erkennbare Budgetdisziplin.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer betont in seinem Beitrag in der Generaldebatte, dass es eine Freude sei, sich mit der Situation intensiv auseinanderzusetzen. Das Budget bzw die Budgeterstellung sei wegen der bevorstehenden Landtagswahl am 1. März 2009 vorgezo-

gen worden. Hervorzuheben sei, dass es in einer konstruktiven Atmosphäre erstellt wurde. Die nüchterne Analyse lasse den Schluss zu, dass es sich um ein seriös erstelltes Budget handle. Dabei konnte man auf fünf gute konjunkturelle Jahre aufbauen, in denen es auch keine großen dramatischen Katastrophen gab. Im Landesvoranschlag wurden Schwerpunkte gesetzt, es gebe jedoch nach wie vor ein strukturelles Defizit. Was die Steuerreform wann bringen werde, könne man derzeit noch nicht sagen. Für die bevorstehende Steuerreform ab 2010 wurde noch nicht vorgesorgt. Mit dem Budget seien positive Schritte für den Bereich Familie, Pflege und Pendler gesetzt worden. Dabei wurde nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen, sondern Unterstützung für jene geschaffen, die sie im besonderen Maße brauchten. Im Vordergrund stünden weiters der Klimaschutz und der öffentliche Verkehr. Interessant werde es sein, ob die Ansätze im Personalbereich auch halten würden. Leider seien die Fragen des strukturellen Defizits nicht beantwortet worden. Unter anderem wird auch darauf hingewiesen, dass der Klimaschutz, der öffentliche Verkehr und im Grundsätzlichen die Nachhaltigkeit besondere Berücksichtigung gefunden hätten. Dafür wurde an Landesrat Eisl, als Ressortverantwortlichen, im Energiebereich der Dank ausgedrückt. Die Pinzgaubahn entwickle sich wesentlich erfreulicher, als man erwarten durfte. Im Bereich der Museen sei sehr viel geschehen. Im Keltenmuseum werde nunmehr der Vollausbau erreicht. Auch sei das Depot für das Museum der Moderne auf dem Mönchsberg angegangen worden. Für die Oster- und Sommerfestspiele seien entsprechende Mittel bereitgestellt worden, ebenso wie für die regionalen Museen. Die Personalkosten stellten einen Teil des strukturellen Budgetdefizits dar. Nach der Gratulation an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner zum ersten Landesvoranschlag bedankt sich Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer bei allen Regierungsmitgliedern. Es sei auch richtig gewesen, die Budgeterstellung vorzureihen, wenngleich damit auch die Planungsgenauigkeit darunter etwas leide.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell (FPÖ) weist in seinem Beitrag zur Generaldebatte darauf hin, dass die Mehreinnahmen von € 321 Mio an Ertragsanteilen ein trügerischer Geldsegen wären. Man müsse nämlich sehen, dass die bisher etwa zur Wohnbauförderung geleisteten Zweckzuschüsse des Bundes nunmehr in die Ertragsanteile eingerechnet worden seien. Weiters sei mit Nachdruck festzustellen, dass der erhöhte Schuldendienst nicht zur Senkung der Schulden geführt habe. Außerdem musste man eine Anleihe von € 40 Mio beim Bund zeichnen. Es bleibt dabei, dass der Schuldenstand nicht gesenkt wurde. Weiters müsse gesehen werden, dass die Finanzierungslücken bestehen geblieben sind. Daraus ergebe sich ein strukturelles Defizit, das eine große Belastung für die Zukunft wäre. Im Übrigen sei auch die FPÖ froh über die Pakete mit den Schwerpunkten Wohnen, Familie, Pflege und Pendler. Bedauerlich sei auch, dass die im vergangenen Budgetjahr etwas zurückgenommene Parteienförderung nicht wieder fortgesetzt wurde. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass die Parteienförderung zurückgeschraubt wurde. Kritisch sei auch die Eile für die Budgeterstellung zu sehen. Dadurch könn-

ten die Einnahmenentwicklung und die konjunkturelle Ausgangslage nicht exakt eingeschätzt werden.
Abg. Schwaighofer (Die Grünen) zitiert am Eingang seiner Rede in der Generaldebatte Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner, wonach es sich um einen Haushalt der Rekorde handeln solle. Aber man müsse sich vielmehr die Frage stellen, was dieses Budget bewirke. In eine solche Betrachtung könnten Beispiele aus anderen Bundesländern zum Vergleich herangezogen werden. Die jetzt von der Regierung dargestellten Pakete an Maßnahmen wurden von den Grünen immer gefördert. Im Land Salzburg seien nach Wien die zweithöchsten Kosten für die Kinderbetreuung zu verzeichnen. Neue Lösungen wurden nicht mutig angegangen. Das Hauptvokabel des Finanzreferenten sei "defensiv". Auch komme das Jugendpaket viel zu spät. Das alles sei keine offensive Politik, diese laufe nach dem Motto: "Darf es überall etwas mehr sein?" Auch die Mittel für die Armutsbekämpfung blieben bescheiden. Die Armut wird an bestimmten Beispielen, etwa in größeren Familien dargestellt. Das gelte auch für das Schulstartgeld. Die Unterstützung sei von € 120,-- auf € 150,-- pro Kind angehoben worden. Die Schulstartgelderhöhung ist aber eine automatische Folge. So mache der Betrag in Tirol bereits seit einiger Zeit € 145,-- aus. Überdies stelle sich die Frage warum man nicht – so wie in der Steiermark – den Mut habe, den Gratis-Kindergarten einzuführen. Es müsse im Pflichtschul- und Bildungsbereich mehr geschehen. Das Land Tirol hätte so zum Beispiel hundert zusätzliche Dienstposten für Lehrer geschaffen, um den sonderpädagogischen Betreuungsbedarf abzudecken. Auf diesem Gebiete ließen sich auch Beispiele der Steiermark und von Vorarlberg nennen. Sparen hat zwar ein positives Image, man müsse aber die Folgen, etwa für die Pflege und die Kultur sehen. Mit 2,27 Prozent Budgetanteil wäre das der niedrigste Anteil für Kultur seit 2001. Seit Jahren wolle man zugunsten der freien und kleinen Künstlergruppen auf dem Land umschichten. Zusammengefasst könne man sagen, dass es sich tatsächlich um ein defensives Budget handle, das keine Antworten auf die Herausforderungen der Zeit gäbe.

Abg. Mag. Scharfetter (ÖVP) spricht das strukturelle Defizit des Landesvoranschlages an. So habe sich der Abgang in den Landeskliniken verdoppelt. Die Gründe dafür seien bekannt und lägen im Bereich etwa des medizinischen Fortschrittes und der demografischen Entwicklung der Bevölkerung. Trotzdem müsse man die Bereinigung des strukturellen Defizits angehen. Auch wirke sich die überfallsartige Steuerpolitik des Bundes für den Landeshaushalt negativ aus. So hätten sich die unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze etwa für die Gastronomie in Höhe von 14 Prozent und bei Lebensmitteln mit 10 Prozent nicht bewährt. Dies hätte nur zu mehr Bürokratie geführt.

Klubvorsitzender Abg. Steidl (SPÖ) stellt an den Beginn seiner Wortmeldung den Dank an die Mitarbeiter der Finanzabteilung und aller in diesem Fachbereich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung. Man müsse nämlich sehen, dass die zurückliegende Zeit

doppelt schwierig war. Es waren der Rechnungsabschluss 2007 und der Voranschlag 2009 neben dem Tagesgeschäft parallel zu erstellen.

Klubvorsitzender Abg. Steidl dankt Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner für die Zusammenarbeit und den Weitblick, dieses Budget so frühzeitig zu erstellen. Es freue ihn persönlich, dass damit für den neuen Finanzreferenten der erste Landesvoranschlag gelungen sei. Budgetberatungen seien natürlich immer wieder Kompromisse zwischen den Möglichkeiten der Einnahmen und der Verpflichtungen für Ausgaben. Im Budget seien überdies Gegenwart und Zukunft miteinander zu verbinden. Es stelle sich auch die Frage, wohin die Schwerpunkte gelegt werden sollen. Der Spielraum zwischen den Pflichtausgaben und den Ermessensausgaben sei nicht sehr groß. Darüber hinaus wolle man das Budget so gut wie möglich und gerecht machen. In diesem Zusammenhang wird Alt-Bundeskanzler Dr. Kreisky das Zitat zugeordnet, wonach das Budget in Zahlen gegossene Politik sei. Wichtig wäre es auch, solidarisch alle am wachsenden Wohlstand teilhaben zu lassen. Die Menschen erwarten sich auch dort Unterstützung, wo dies notwendig sei und man könne auch aus wirtschaftlichen Gründen mit Entlastungen rechnen. Dies gelte für Eltern in Familien genau so wie für Pendler oder für Personen, die ihre nahen Angehörigen pflegten. Es gehe in einem Budget auch darum, die Frage zu beantworten, wie es zu schaffen wäre, Investitionen zu tätigen und dafür entsprechende Anreize für andere zu geben. Das sei etwa auch durch die aktive Arbeitsmarktpolitik mit der Schaffung des Bildungsschecks geschehen. Darüber hinaus müsste die Gemeindearbeit unterstützt werden. Abschließend formuliert KV Abg. Steidl seine Zielsetzungen mit dem Titel "Ohne neue Schulden entlasten, unterstützen und fördern – Zukunftschancen bieten".

In weiterer Folge erklärt Frau Abg. Dr. Reiter (Die Grünen), dass die Nachhaltigkeit zu wenig Berücksichtigung gefunden habe. Dies ließe sich am Beispiel der Wohnbauförderung beweisen.

In einer weiteren Wortmeldung geht Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner auf viele Fragen ein. So wird zurückgewiesen, dass das Kulturbudget den niedrigsten Anteil in mehreren Jahren erreicht hätte. Dies sei ein Fehler in der Berechnung, man müsse nämlich das Gesamtvolumen sehen, das für Kultur ausgegeben werde. Die Mittel steckten in anderen Projekten bzw im ao Haushalt. Beim Kulturbudget sei darauf hinzuweisen, dass es stärker gewachsen sei als alle anderen Ermessensbereiche. Der Betrag wäre mit einem Plus von € 3,2 Mio anzusetzen. Damit läge dieser Betrag über dem Durchschnitt. Auch sei die Wohnbauförderung umgestellt worden. Weiters werde zurückgewiesen, dass das Budget zu wenig offensiv oder fantasielos wäre. Budgetpolitik müsse zurückhaltend und vorsichtig gemacht werden, denn nur stabile Finanzen würden auch Gestaltungsspielräume eröffnen. Bei den energetischen Maßnahmen wurden die Beträge im Vergleich zu 2004 in Summe auf € 64,2 Mio angehoben. Die Beiträge zur Energieberatung seien verdoppelt worden. Quantensprünge seien im Haushalt bei

den Kapiteln Verkehr, Jahreskarte und Pinzgaubahn gemacht worden. Die Frage der zusätzlichen Lehrer sei einfach zu beantworten. Die Zahlen, die genannt wurden, seien nicht richtig. In anderen Bundesländern hätte man mit diesen Dienstpostenerhöhungen nur den Status Quo gehalten.

Nach Abschluss der Generaldebatte wird in den Ausschüssen die Spezialdebatte anhand der Gruppengliederung des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes geführt. Diese führt zu folgendem Ergebnis:

Die Gruppe 0 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 49.761.700,-- und Gesamtausgaben von € 235. 469.500,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 0 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 4.345.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 1 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 329.000,-- und Gesamtausgaben von € 6.345.500,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne - sohin einstimmig - angenommen.

Die Gruppe 1 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 750.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne - sohin einstimmig - angenommen.

Die Gruppe 2 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 325.894.100,-- und Gesamtausgaben von € 412.899.400,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 2 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 8.097.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 3 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von €7.525.000,-- und Gesamtausgaben von € 48.180.400,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 3 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 5.704.600,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 4 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 336.347.000,-- und Gesamtausgaben von € 448.391.800,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 4 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 2.545.900,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 5 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 290.150.100,-- und Gesamtausgaben von € 496.665.500,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 5 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 17.600.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 6 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 4.834.000,-- und Gesamtausgaben von € 106.140.800,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 6 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 19.426.800,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 7 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 1.802.200,-- und Gesamtausgaben von € 73.960.600,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 7 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 2.600.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 8 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 2.027.600,-- und Gesamtausgaben von € 2.138.900,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne - sohin einstimmig - angenommen.

Die Gruppe 8 des außerordentlichen Haushaltes enthält weder Einnahmen noch Ausgaben.

Die Gruppe 9 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 1.107.512.400,-- und Gesamtausgaben von € 295.990.700,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 9 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 61.569.300,-- und Gesamtausgaben von € 500.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gesamtsummen des ordentlichen Landesvoranschlages 2009 mit Einnahmen und Ausgaben von je € 2.126.183.100,-- werden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gesamtsummen des außerordentlichen Landesvoranschlages 2009 mit Einnahmen und Ausgaben von je € 61.569.300,-- werden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Erste Finanzbericht für 2008 und die Mittelfristige Finanzprognose (MFP) 2008 bis 2012 wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne - sohin einstimmig - zur Kenntnis genommen.

Vorlage der Landesregierung betreffend den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) und das Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2009 (Landeshaushaltsgesetz 2009)

Die Artikel I, II und III werden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Artikel IV und V werden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne - sohin einstimmig - angenommen.

Die Artikel VI und VII werden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Artikel VIII wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne - sohin einstimmig - angenommen.

Die Artikel IX, X und XI werden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Vorlage der Landesregierung betreffend den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) und das Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2009 (Landeshaushaltsgesetz 2009) (Nr 730 der Beilagen d.5.S.d.13.Gp.) wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Finanz- sowie Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellen mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen – sohin mehrstimmig – den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Das in der Vorlage der Landesregierung Nr 730 der Beilagen d.5.S.d.13.Gp. enthaltene Gesetz wird zum Beschluss erhoben und der Landesvoranschlag 2009 genehmigt.

Salzburg, am 16. September 2008

Die Vorsitzende:
Wanner eh

Der Berichterstatter:
Ing. Mag. Meisl eh

Beschluss des Salzburger Landtages vom 8. Oktober 2008:
Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Grünen – sohin mehrstimmig – zum Beschluss erhoben.